

Materielles Öffentliches Recht im Assessorexamen

Kaiser / Köster / Seegmüller

6., neu bearbeitete Auflage 2024
ISBN 978-3-8006-7166-3
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Materielles Öffentliches Recht im Assessorexamen

Von

Torsten Kaiser

Rechtsanwalt

Wirtschaftsjurist (Univ. Bayreuth)

Seminarleiter bei den Kaiserseminaren

Mitherausgeber der Juristischen Arbeitsblätter

Thomas Köster

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Dipl.-Verwaltungswirt (FH)

Seminarleiter bei den Kaiserseminaren

Dr. Robert Seegmüller

Richter am Bundesverwaltungsgericht

Seminarleiter bei den Kaiserseminaren

6., neu bearbeitete Auflage 2024

Verlag Franz Vahlen

Zitervorschlag: Kaiser/Köster/Seegmüller MatÖffR Kap. Rn.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

vahlen.de

ISBN 978 3 8006 7166 3

© 2024 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Himmer GmbH Druckerei & Verlag
Steinerne Furt 95, 86167 Augsburg

Satz: R. John + W. John GbR, Köln
Umschlag: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar



vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Viele Referendarinnen und Referendare beklagen zeitliche Probleme bei der Vorbereitung auf das Assessorexamen. Dies verwundert nicht, wenn man berücksichtigt, dass in den praktischen Ausbildungsstationen eine Reihe von Pflichtarbeiten abzuliefern sind und der Gesetzgeber den „Vorbereitungsdienst“ auf zwei Jahre begrenzt hat, wovon allerdings nur wenige Monate zur effektiven Examensvorbereitung zur Verfügung stehen. Mit dem vorliegenden Buch möchten wir Ihnen aus dieser Klemme helfen. Es ermöglicht Ihnen, sich innerhalb einer überschaubaren Zeit effektiv auf die Rechtsgebiete vorzubereiten, die nach unserer Erfahrung regelmäßig in den öffentlich-rechtlichen Aufgaben des Assessorexamens geprüft werden.

Für das vorliegende Werk haben wir eine Vielzahl von Examensklausuren analysiert und die typischen Rechtsschutzkonstellationen zusammengefasst. Hierbei erheben wir weder den Anspruch auf eine wissenschaftliche Darstellung der Rechtsgebiete noch auf Vollständigkeit. Unser Ziel ist vielmehr, die länderübergreifend auftretenden Klausurprobleme und einheitlichen Grundstrukturen in komprimierter Weise darzustellen. Auf eine Darstellung landesrechtlicher Besonderheiten haben wir daher bewusst weitgehend verzichtet. Uns ist natürlich bewusst, dass gerade das öffentliche Recht landesrechtlich geprägt ist. Nach unseren Erfahrungen genießen spezifisch landesrechtliche Aufgabenstellungen bei den Prüfungsämtern im Assessorexamen jedoch nicht die oberste Priorität. Es ist daher auch keineswegs ungewöhnlich, dass ein Aktenauszug in leicht abgewandelter Form in verschiedenen Bundesländern als Examensaufgabe gestellt wird.

Das vorliegende Buch ist in drei Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt befasst sich mit Fallgestaltungen aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht, die regelmäßig Gegenstand von Assessor Klausuren sind. Hierzu zählen etwa die Aufhebung von Verwaltungsakten, staatshaftungsrechtliche Ansprüche und die Kontrolle der Rechtmäßigkeit von Vollstreckungsmaßnahmen. Der zweite Abschnitt behandelt die klassischen Gebiete des besonderen Verwaltungsrechts. Unser Augenmerk liegt hier vor allem auf den regelmäßig abgeprüften Rechtsschutzproblemen im allgemeinen Gefahrenabwehrrecht einschließlich seiner versammlungsrechtlichen Bezüge und dem öffentlichen Baurecht, das traditionell besonders im Fokus der Prüfungsämter steht. Daneben haben wir die examensrelevantesten Rechtsschutzkonstellationen aus denjenigen Materien des besonderen Verwaltungsrechts erörtert, die unserer Erfahrung nach ebenfalls häufig im Assessorexamen abgefragt werden. Auch hier haben wir bewusst auf eine lehrbuchartige Darstellung verzichtet und stattdessen die typischen Klausurprobleme in den regelmäßig auftretenden prozessualen Einkleidungen behandelt. Das Ziel einer konzentrierten Darstellung der wichtigsten Probleme bestimmt schließlich auch den Inhalt des dritten Abschnitts, der sich den verfassungs- und unionsrechtlichen Bezügen einer Assessor Klausur widmet. Die vielerorts zu beobachtende Fehlvorstellung, im Zweiten Examen spielten staatsrechtliche Fragen keine oder nur eine untergeordnete Rolle, kostet viele Kandidatinnen und Kandidaten wertvolle Punkte. Aus diesem Grund haben wir neben einer zusammenfassenden Darstellung der besonders häufig zu erörternden Grundrechte die in Klausuren relevant werdenden verfassungsrechtlichen Bezüge behandelt.

Das Werk knüpft an das Buch von Kaiser/Köster/Seegmüller „Die öffentlich-rechtliche Klausur im Assessorexamen“ an. Dort werden die relevantesten verwaltungsgerichtlichen, verwaltungsbehördlichen und anwaltlichen Klausurtypen einschließlich der prozessrechtlichen Bezüge erörtert. Auch dessen Lektüre sei Ihnen wärmstens ans Herz gelegt!

Die Verfasser veranstalten Wochenendseminare zur Vorbereitung auf das Assessorexamen. In dem speziellen Seminar zum materiellen öffentlichen Recht werden die in diesem Buch behandelten Rechtsgebiete in den typischen prozessualen Einkleidungen vertieft besprochen. Zudem behandeln wir in diesem Seminar auch die aktuelle examensrelevante Rechtsprechung und die aktuellen Prüfungsschwerpunkte umfangreicher als es in einem Buch möglich ist.

Zusammen mit einer konzentrierten Lektüre dieses Skripts sind Sie damit optimal auf das materielle Recht im Assessorexamen vorbereitet.

Für Anregungen und Kritik unter th.koester@gmx.de oder robert.seegmueller@outlook.de sind wir jederzeit dankbar.

Lübeck, Münster und Berlin, im Januar 2024

Die Verfasser



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XXIII
1. Teil. Klausuren aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht	1
1. Kapitel. Der Verwaltungsakt	1
A. Vorliegen eines Verwaltungsakts	1
B. Aufhebung von Verwaltungsakten	2
I. Rücknahme von Verwaltungsakten (§ 48 VwVfG)	3
1. Anwendbarkeit des § 48 VwVfG	3
2. Formelle Aufhebungsvoraussetzungen	3
3. Materielle Aufhebungsvoraussetzungen	4
a) Rechtswidrigkeit des Verwaltungsakts	4
b) Begünstigender Verwaltungsakt	4
c) Besondere Voraussetzungen des § 48 II-III VwVfG	5
aa) Spezieller Vertrauensschutz nach § 48 II VwVfG	5
bb) Sonstige begünstigende Verwaltungsakte, die nicht unter § 48 II VwVfG fallen	7
d) Rücknahmefrist (§ 48 IV VwVfG)	7
e) Ermessen	8
II. Widerruf von Verwaltungsakten (§ 49 VwVfG)	9
1. Anwendbarkeit des § 49 VwVfG	10
2. Formelle Aufhebungsvoraussetzungen	10
3. Materielle Aufhebungsvoraussetzungen	10
a) Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts	10
b) Begünstigender Verwaltungsakt	11
c) Vorliegen eines Widerrufsgrundes	11
aa) Vorliegen eines Widerrufsgrundes gem. § 49 II VwVfG	12
bb) Widerrufsgründe nach § 49 III VwVfG	13
d) Widerrufsfrist	13
e) Ermessen	13
III. Abwicklung nach Aufhebung des Verwaltungsakts (§ 49a VwVfG)	14
IV. Rücknahme und Widerruf im Rechtsbehelfsverfahren (§ 50 VwVfG)	14
V. Wiederaufgreifen des Verfahrens (§ 51 VwVfG)	15
1. Stufe: Entscheidung über das Wiederaufgreifen des Verfahrens	16
a) Zulässigkeit des Antrags auf Wiederaufgreifen des Verfahrens	16
b) Begründetheit des Antrags auf Wiederaufgreifen des Verfahrens	16
2. Stufe: Neue Entscheidung in der Sache	17
C. Anfechtung von Teilen von Verwaltungsakten	18
I. Vorliegen einer Nebenbestimmung	18
II. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	18
III. Rechtsschutz gegen sonstige Teile von Verwaltungsakten	20
D. Zusage und Zusicherung	21
2. Kapitel. Der Verwaltungsvertrag	23
A. Anwendbarkeit der Vorschriften über den „öffentlich-rechtlichen Vertrag“	24
B. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	25
I. Formelle Voraussetzungen	25
II. Materielle Voraussetzungen	26
1. Handlungsformverbote	26

2. Verbot bestimmter Vertragsinhalte, § 59 VwVfG	27
a) Keine Nichtigkeit gem. § 59 II VwVfG	27
b) Allgemeine Nichtigkeitsvorschrift des § 59 I VwVfG	28
3. Kapitel. Staatshaftungsrecht	29
A. Öffentlich-rechtlicher Abwehr- und Unterlassungsanspruch	31
I. Dogmatische Herleitung	31
II. Tatbestand	31
1. Betroffenheit eines subjektiv-öffentlichen Rechts	31
2. Hoheitlicher, unmittelbar bevorstehender oder andauernder Eingriff	31
3. Rechtswidrigkeit des Eingriffs	32
III. Rechtsfolge	34
B. Öffentlich-rechtlicher Folgenbeseitigungsanspruch	35
I. Anwendbarkeit des allgemeinen FBA	36
II. Dogmatische Herleitung	36
III. Tatbestand	36
1. Betroffenheit eines subjektiv-öffentlichen Rechts	36
2. Hoheitlicher Eingriff	37
3. Fortdauernder, rechtswidriger und zurechenbarer Zustand	38
IV. Rechtsfolge	39
1. Anspruchsinhalt	39
2. Anspruchsgrenzen	39
C. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	41
I. Dogmatische Herleitung	42
II. Anwendbarkeit des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs	42
III. Tatbestand	42
1. Vermögensverschiebung zwischen Anspruchsteller und Anspruchsgegner	42
2. Öffentlich-rechtliche Rechtsbeziehung	43
3. Ohne Rechtsgrund	43
IV. Rechtsfolge	43
D. Ansprüche aus öffentlich-rechtlichen Sonderbeziehungen	44
I. Tatbestand	44
II. Rechtsfolge, Beweislast und Konkurrenzen	45
E. Ansprüche aus öffentlich-rechtlicher Geschäftsführung ohne Auftrag	45
I. Anwendbarkeit der öffentlich-rechtlichen GoA	46
II. Voraussetzungen der GoA	47
III. Rechtsfolge	48
4. Kapitel. Klausuren aus dem Verwaltungsvollstreckungsrecht	49
A. Vollstreckung aus verwaltungsgerichtlichen Titeln nach der VwGO	49
B. Vollstreckung aus einem Verwaltungsakt	49
I. Vollstreckung von Handlungs-, Duldungs- oder Unterlassungspflichten	49
1. Rechtsschutz gegen Vollstreckungsmaßnahmen im gestreckten Verfahren	50
2. Rechtsschutz gegen Vollstreckungsmaßnahmen im Sofortvollzug	54
3. Anfechtung eines Kostenbescheides	55
a) Ermächtigungsgrundlage zum Erlass des Kostenbescheides	56
b) Vorliegen der formellen Voraussetzungen	57
c) Vorliegen der materiellen Voraussetzungen	57
aa) Rechtmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahme	57
bb) Kostenschuldneigenschaft des in Anspruch Genommenen	57
cc) Rechtmäßigkeit der Kostenfestsetzung der Art und Höhe nach	58
dd) Rechtsfolge	60
II. Vollstreckung von Geldforderungen	64
2. Teil. Klausuren aus dem besonderen Verwaltungsrecht	65
5. Kapitel. Allgemeines Gefahrenabwehrrecht	65
A. Rechtsschutz gegen gefahrenabwehrrechtliche Einzelmaßnahmen	65

I. Ermächtigungsgrundlage	66
1. Abgrenzung zu repressiven Ermächtigungsgrundlagen	66
2. Vorliegen einer Spezialermächtigung	67
3. Vorliegen einer Standardbefugnis	69
a) Befugnisse zur Informationserhebung und -behandlung	69
aa) Befragung	69
bb) Identitätsfeststellung	70
cc) Erkennungsdienstliche Maßnahmen	70
dd) Datenerhebung durch offene Videoüberwachung	72
ee) Meldeauflage	73
b) Maßnahmen zur räumlichen Verweisung	75
aa) Platzverweis	75
bb) Aufenthaltsverbot	76
cc) Wohnungsverweisung	76
c) Maßnahmen zur Ingewahrsamnahme und Verwahrung	77
d) Maßnahmen zur Durchsuchung, Sicherstellung, Verwertung, Herausgabe	79
4. Anwendbarkeit der Generalklausel	81
II. Formelle Rechtmäßigkeit polizeilichen Einschreitens	81
1. Zuständigkeit	82
a) Sachliche Zuständigkeit	82
b) Örtliche Zuständigkeit	83
2. Verfahren	83
3. Form	83
III. Vorliegen der materiellen Voraussetzungen	84
1. Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage: Betroffenheit eines gefahrenabwehrrechtlichen Schutzguts	84
a) Betroffenheit der öffentlichen Sicherheit	84
b) Schutzgut der öffentlichen Ordnung	84
c) Vorliegen einer Gefahr oder Störung	85
d) Polizeirechtliche Verantwortlichkeit („Störereigenschaft“)	87
aa) Verhaltensstörereigenschaft	87
bb) Zustandsstörereigenschaft	89
cc) Polizeipflichtigkeit nichtverantwortlicher Personen	91
2. Rechtsfolge	92
1. Allgemeine Rechtmäßigkeitserfordernisse	92
2. Ermessen	92
a) Entschließungsermessen	92
b) Auswahlermessen	93
B. Anspruch auf gefahrenabwehrbehördliches Einschreiten	93
C. Rechtsschutz gegen Gefahrenabwehrverordnungen	94
D. Kostenersatz- und Entschädigungsansprüche	98
I. Ansprüche bei rechtswidrigen Maßnahmen	98
II. Ansprüche bei rechtmäßigen Maßnahmen	99
6. Kapitel. Waffenrecht	100
A. Regelungsgegenstand und Anwendungsbereich des WaffG	100
B. Typische Rechtsschutzkonstellationen im Waffenrecht	100
I. Verpflichtungsbegehren auf Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis	100
II. Anfechtung der Aufhebung einer waffenrechtlichen Erlaubnis	102
III. Anfechtung eines waffenrechtlichen Besitzverbots	103
7. Kapitel. Versammlungsrecht	104
I. Ermächtigungsgrundlagen für Gefahrenabwehrmaßnahmen im Zusammenhang mit Versammlungen	106
II. Probleme der formellen Rechtmäßigkeit	110
III. Probleme der materiellen Rechtmäßigkeit	111

8. Kapitel. Öffentliches Baurecht	116
A. Rechtsschutz gegen die Versagung einer Baugenehmigung	116
I. Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	116
II. Begründetheit der Verpflichtungsklage	117
1. Anspruchsgrundlage	118
2. Genehmigungsbedürftigkeit	118
3. Genehmigungsfähigkeit	120
a) Formelle Voraussetzungen	120
b) Materielle Voraussetzungen	120
aa) Prüfungsmaßstab	120
bb) Vereinbarkeit mit Bauplanungsrecht	121
(1) Vorhaben iSd § 29 I BauGB	121
(2) Keine entgegenstehende bauplanungssichernde Maßnahme	122
(3) Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens	125
(4) Vereinbarkeit mit Bauordnungsrecht	137
(5) Vereinbarkeit mit sonstigem öffentlichen Recht	137
B. Rechtsschutz im baurechtlichen Nachbarstreit	138
I. Rechtsschutz des Nachbarn im Hauptsacheverfahren	138
1. Anfechtungsklage gegen eine Baugenehmigung	138
a) Zulässigkeitsprobleme	138
aa) Klagebefugnis des klagenden Nachbarn	138
(1) Drittschützende Vorschrift	139
(2) Nachbareigenschaft	140
bb) Prozessuale Verwirkung des Klagerechts bei baurechtlichen Nachbarlagen	141
cc) Verzicht auf Nachbarrechte durch Zustimmung	142
b) Begründetheit der Nachbarlage	142
2. Verpflichtungsbegehren auf bauaufsichtliches Einschreiten	142
II. Vorläufiger Rechtsschutz des Nachbarn	143
1. Vorläufiger Rechtsschutz gegen eine dem Nachbarn erteilte Baugenehmigung	143
2. Vorläufiger Rechtsschutz nach § 123 VwGO (insbesondere gegen nicht genehmigte Vorhaben)	144
C. Rechtsschutz gegen bauordnungsrechtliche Verfügungen	146
I. Ermächtigungsgrundlage	146
II. Formelle Rechtmäßigkeit	147
III. Materielle Rechtmäßigkeit	147
1. Tatbestandliche Voraussetzungen	147
a) Vorliegen einer baulichen Anlage	147
b) Besondere Voraussetzungen nach Art der Verfügung	147
c) Richtiger Adressat	148
2. Rechtsfolge: Ermessen	148
D. Rechtsschutz im Verfahren der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 BauGB)	151
E. Rechtsschutz gegen Bauleitpläne	153
I. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	153
1. Statthaftigkeit des Antrags (§ 47 I Nr. 1 VwGO)	153
2. Antragsbefugnis gem. § 47 II VwGO	154
3. Antragsfrist (§ 47 II 1 VwGO)	155
4. Passive Prozessführungsbefugnis	155
5. Rechtsschutzbedürfnis	155
II. Begründetheit des Normenkontrollantrags	155
1. Formelle Rechtmäßigkeit des Bebauungsplans	156
a) Zuständigkeit	157
b) Ordnungsgemäßes Planaufstellungsverfahren	157
c) Ordnungsgemäßes Abschlussverfahren	158

2. Materielle Rechtmäßigkeit des Bebauungsplans	160
a) Erforderlichkeit des Bebauungsplans (§ 1 III BauGB)	160
b) Keine Verletzung des interkommunalen Rücksichtnahmegebots (§ 2 II BauGB)	160
c) Ordnungsgemäße Abwägung (§ 1 VII BauGB)	161
9. Kapitel. Umweltrecht	162
1. Abschnitt. Immissionsschutzrecht	162
A. Anlagenbezogener Immissionsschutz	162
I. Anlagenbezogener Immissionsschutz bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	163
1. Rechtsschutz gegen die Ablehnung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung	163
a) Anspruchsgrundlage	163
b) Genehmigungsbedürftigkeit	163
c) Genehmigungsfähigkeit	164
aa) Formelle Genehmigungsvoraussetzungen	164
bb) Materielle Genehmigungsvoraussetzungen	165
2. Rechtsschutz Dritter gegen immissionsrechtliche Genehmigungen	166
3. Behördliche Eingriffsbefugnisse nach Genehmigungserteilung	168
a) Rechtsschutz gegen nachträgliche Anordnungen (§ 17 BImSchG)	168
b) Verfügungen gem. § 20 BImSchG	170
II. Anlagenbezogener Immissionsschutz bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	170
B. Gebietsbezogener Immissionsschutz	174
2. Abschnitt. Abfallrecht	176
3. Abschnitt. Bodenschutzrecht	178
A. Behördliche Ermächtigungsgrundlagen im BBodSchG	179
I. Maßnahmen aufgrund der bodenschutzrechtlichen Generalklausel	179
II. Sonstige Ermächtigungsgrundlagen im BBodSchG	183
B. Sekundärrechtliche Ansprüche	183
4. Abschnitt. Wasserrecht	184
A. Rechtsschutz gegen die Versagung einer Gestattung	184
B. Rechtsschutz gegen gewässeraufsichtliche Verfügungen	186
10. Kapitel. Gewerberecht	188
A. Klausuren aus dem Gewerberecht	188
I. Klausuren aus dem stehenden Gewerbe	188
1. Klausuren aus dem Bereich des erlaubnispflichtigen Gewerbes	188
a) Rechtsschutz auf Erteilung einer gewerberechtlichen Zulassung	189
b) Rechtsschutz gegen Maßnahmen im zulassungspflichtigen Gewerbe	190
2. Klausuren aus dem Bereich des erlaubnisfreien Gewerbes	192
II. Klausuren aus dem Reisegewerbe	196
1. Rechtsschutz gegen Verfügungen im erlaubnispflichtigen Reisegewerbe	196
2. Rechtsschutz gegen Verfügungen im erlaubnisfreien Reisegewerbe	197
III. Klausuren aus dem Marktgewerbe	198
B. Klausuren aus dem Gaststättenrecht	202
I. Rechtsschutz gegen Versagung einer gaststättenrechtlichen Erlaubnis	202
II. Rechtsschutz im gaststättenrechtlichen Nachbarstreit	203
III. Rechtsschutz gegen bzw. auf Erlass von Auflagen gem. § 5 GastG	204
IV. Rechtsschutz gegen Beschäftigungsverbote gem. § 21 I GastG	205
V. Rechtsschutz gegen Schließungsverfügungen	205
C. Klausuren aus dem Handwerksrecht	206
I. Rechtsschutzkonstellationen im zulassungspflichtigen Handwerk	207
1. Rechtsschutz im Eintragungsverfahren (§ 10 HandwO)	207

2. Rechtsschutz gegen Versagung einer Ausnahmegewilligung (§§ 8, 9 HandwO)	207
3. Rechtsschutz gegen Untersagungsverfügungen	208
II. Rechtsschutzkonstellationen im zulassungsfreien Handwerk	208
D. Klausuren aus dem Personenbeförderungsrecht	208
I. Linienverkehr	208
II. Gelegenheitsverkehr	210
11. Kapitel. Kommunalrecht	212
A. Rechtsschutz gegen Versagung des Zugangs zu kommunalen öffentlichen Einrichtungen	212
I. Prozessuale Probleme	212
II. Materiell-rechtliche Probleme	213
1. Gewerberechtlicher Zulassungsanspruch	213
2. Zulassungsanspruch aus Kommunalrecht	213
a) Öffentliche Einrichtung	213
b) Zugehörigkeit des Antragstellers zum Kreis der Zugangsberechtigten	214
c) Zugangsverweigerung aus rechtlichen Gründen oder Kapazitätsgründen	214
aa) Rechtliche Grenzen	214
bb) Tatsächliche Grenzen	216
3. Anspruch aus Art. 3 I GG iVm Verwaltungspraxis	216
4. Anspruch auf Zugang nach Ermessen?	216
B. Klausuren aus dem kommunalen Wirtschaftsrecht	217
I. Zulässigkeit der Konkurrentenklage	217
II. Begründetheit der Konkurrentenklage	218
1. Abwehranspruch aus einfachgesetzlichen Normen	218
2. Abwehranspruch aus Grundrechten	219
3. Abwehranspruch aus privatem Wirtschaftsrecht	220
C. Rechtsschutz im Kommunalverfassungsverstreit	220
I. Zulässigkeit der Klage	221
II. Begründetheit der Klage	223
D. Rechtsschutz gegen kommunalaufsichtliche Maßnahmen	224
E. Rechtsschutz gegen kommunale Satzungen	226
I. Rechtmäßigkeit einer kommunalen Satzung	226
II. Rechtmäßigkeit eines Anschluss- und Benutzungszwangs	227
F. Rechtsschutz im Zusammenhang mit kommunalrechtlichen Bürgerbegehren	229
12. Kapitel. Beamtenrecht	231
A. Rechtsschutz des Beamten gegen dienstliche Anordnungen	231
B. Rechtsschutz im beamtenrechtlichen Konkurrentenstreit	233
C. Ansprüche des Dienstherrn	236
I. Rechtsschutz des Beamten gegen die Geltendmachung eines Schadensersatzanspruchs des Dienstherrn	236
II. Rechtsschutz des Beamten gegen die Geltendmachung sonstiger Ansprüche des Dienstherrn	237
D. Ansprüche des Beamten	238
I. Anspruch auf Anerkennung eines Dienstunfalles	238
II. Sonstige Fürsorgeansprüche	240
13. Kapitel. Schulrecht	242
A. Verpflichtung zum Schulbesuch	242
B. Rechtsschutz gegen Schulordnungsmaßnahmen	242
C. Rechtsschutz gegen Schulorganisationsmaßnahmen	244
14. Kapitel. Straßen- und Straßenverkehrsrecht	246
A. Klausuren aus dem Straßenrecht	246
B. Klausuren aus dem Straßenverkehrsrecht	250
I. Rechtsschutz gegen Entzug einer Fahrerlaubnis	250

1. Entzug der Erlaubnis wegen mangelnder Eignung (§ 3 I 1 StVG iVm § 46 I 1 FeV)	250
2. Entzug der Erlaubnis nach dem Punktesystem (§ 4 V 1 Nr. 3 StVG)	252
II. Rechtsschutz gegen die Anordnung eines Fahrtenbuchs	253
III. Rechtsschutz bei verkehrsbeschränkenden Maßnahmen	254
1. Rechtsschutz auf Vornahme verkehrsregelnder Maßnahmen	254
2. Rechtsschutz gegen verkehrsregelnde Maßnahmen	256
15. Kapitel. Ausländerrecht	258
A. Rechtsschutz gegen Versagung eines Aufenthaltstitels nach dem AufenthG	258
I. Rechtsschutz im Hauptsacheverfahren	259
1. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	259
2. Besondere Erteilungsvoraussetzungen	260
3. Keine Versagungsgründe	261
II. Vorläufiger Rechtsschutz im Verfahren auf Erteilung des Aufenthaltstitels	261
B. Rechtsschutz gegen aufenthaltsbeendigende Maßnahmen	262
I. Rechtsschutz gegen Ausweisungsverfügungen (§§ 53 ff. AufenthG)	262
II. Vorläufiger Rechtsschutz	265
C. Rechtsstellung von Unionsbürgern	265
16. Kapitel. Zuwendungsrecht	266
A. Rechtsschutz gegen die Versagung einer Zuwendung	266
B. Rechtsschutz des Begünstigten gegen Aufhebung des Zuwendungsbescheids	269
C. Rechtsschutz des Wettbewerbers gegen die Begünstigung eines Konkurrenten	273
I. Rechtsschutz des Wettbewerbers (nur) gegen die Begünstigung eines Konkurrenten	273
II. Rechtsschutz des Wettbewerbers auf gleiche Begünstigung	273
III. Rechtsschutz des Wettbewerbers auf Begünstigung anstelle des Dritten	274
17. Kapitel. Informationsfreiheitsrecht	275
A. Zulässigkeit der Klage	276
B. Begründetheit der Klage	277
I. Anwendbarkeit des IFG	277
II. Formelle Anspruchsvoraussetzungen	278
III. Materielle Anspruchsvoraussetzungen	278
1. Anspruchsberechtigung	278
2. Anspruchsgegner	278
3. Tauglicher Antragsgegenstand	279
IV. Kein Ausschluss (§§ 3–6 IFG)	279
3. Teil. Staats- und Unionsrecht	283
18. Kapitel. Bezüge zum (materiellen) Verfassungsrecht	283
A. Anknüpfungen an das Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 III GG)	283
I. Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot	283
II. Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	284
B. Verhältnis zwischen nationalem Recht und europäischem Unionsrecht	285
C. Verhältnis zwischen nationalem Recht und Europäischer Menschenrechtskonvention (EMRK)	285
19. Kapitel. Typische Grundrechtsfragen im Assessorexamen	287
A. Grundfragen der Grundrechtsanwendung	287
I. Grundrechtsberechtigung	287
II. Grundrechtsbindung	288
B. Die Grundlagen der am häufigsten zu prüfenden Grundrechte	289
I. Freiheitsgrundrechte	289
1. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 I GG)	289
a) Schutzbereichsbetroffenheit	289
b) Eingriff	290

c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	290
2. Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 I iVm Art. 1 I GG)	291
a) Schutzbereichsbetroffenheit	291
b) Eingriff	291
c) Rechtfertigung	291
3. Schutz der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 II 1 GG)	292
a) Schutzbereichsbetroffenheit	292
b) Eingriff	292
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	292
4. Glaubensfreiheit (Art. 4 GG)	292
a) Schutzbereichsbetroffenheit	292
b) Eingriff	293
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	293
5. Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	293
a) Schutzbereichsbetroffenheit	293
b) Eingriff	293
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	294
6. Berufsfreiheit (Art. 12 GG)	294
a) Schutzbereichsbetroffenheit	294
b) Eingriff	294
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	295
7. Eigentumsgarantie (Art. 14 GG)	295
a) Schutzbereichsbetroffenheit	295
b) Eingriff	296
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	296
II. Allgemeiner Gleichheitssatz (Art. 3 I GG)	297
20. Kapitel. Grundzüge des Unionsrechts	299
A. Die Organe der Europäischen Union	299
B. Rechtsquellen des Unionsrechts	301
I. Primäres Unionsrecht	301
II. Sekundäres Unionsrecht	301
C. Grundfreiheiten	302
I. Freier Warenverkehr (Art. 28, 30, 34, 35 AEUV)	303
II. Personenfreizügigkeit (Art. 21, 45, 49 AEUV)	303
1. Freizügigkeit der Unionsbürger (Art. 21 AEUV)	303
2. Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 45 AEUV)	304
3. Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV)	304
III. Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 AEUV)	305
IV. Freier Kapital- und Zahlungsverkehr (Art. 63 AEUV)	305
Stichwortverzeichnis	307